

EU-De-Briefing zum ECOFIN-Rat

Christoph Linden / Mareen Hirschnitz

EU-in-BRIEF
Pläne – Positionen – Prognosen

Am 5. Juni 2007 hat der ECOFIN-Rat unter Leitung von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück in Luxemburg getagt. Auf der Agenda standen u.a. Berichte zur Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakt, Konvergenzberichte zu Malta und Zypern, die Qualität der öffentlichen Finanzen sowie Fragen zur Bekämpfung des Steuerbetrugs und zur Mehrwertsteuer.

Am Mittwoch, dem 6. Juni hat das Netzwerk Europäische Bewegung sein exklusives EU-De-Briefing zu den aktuellen Ergebnissen des ECOFIN Rates in den Räumen seiner Mitgliedsorganisation Deutscher Sparkassen- und Giroverband durchgeführt. Seit März 2005 bietet das Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland im Rahmen seines Konzepts „Europa-Kommunikation & Europäische Vorausschau“ am ersten Werktag nach den Tagungen des Europäischen Rates und der Ministerräte seine EU-De-Briefings an. Mit dieser Ausgabe von EU-in-BRIEF wird erstmalig eine kurze Zusammenfassung der wichtigsten Punkte und Ergebnisse eines EU-De-Briefings veröffentlicht.

Der ECOFIN vom 5. Juni hat einige Entscheidungen getroffen, die für Deutschland und die Eurogruppe weit reichende Auswirkungen haben. Insgesamt betrachtet, konnte die Bundesregierung vor den rund 60 Vertreterinnen und Vertretern der Interessengruppen, die sich am 6. Juni zum EU-De-Briefing eingefunden hatten, von einem erfolgreichen letzten ECOFIN-Rat der Deutschen Ratspräsidentschaft sprechen – und von einem der längsten.

Ende der Defizitverfahren

Es zeichnete sich in den Wochen vor dem Rat bereits ab, dass das Defizitverfahren gegen **Deutschland** eingestellt werden würde. Das Verfahren gegen Deutschland wurde eröffnet, nachdem im Jahr 2002 das öffentliche Defizit 3,7 Prozent des BIP erreicht hatte. 2003 war das Defizit auf 4 Prozent angestiegen, lag 2005 mit 3,2 Prozent des BIP nach wie vor über der Höchstgrenze, so dass der Rat im März 2006 nach Art. 104 Abs. 9 EGV Deutschland aufforderte, das Defizit so rasch wie möglich, spätestens bis 2007 auf unter 3 Prozent zu senken. Da Deutschland bereits 2006 das Defizit auf 1,7 Prozent des BIP senken konnte und für 2007 ein Defizit von 1,6 Prozent prognostiziert hat, wurde das Defizitverfahren eingestellt. Die KOM geht in ihrer Frühjahrsprognose 2007 sogar von einer Absenkung des Defizits auf 0,6 Prozent aus.

Im Falle **Griechenlands** war die Entscheidung nicht so einfach, da im Vorfeld eine schwierige Diskussion über die tatsächliche

Nettokreditaufnahme und Schuldenstand nötig war. Es bestand eine Reihe von statistischen Unsicherheiten, die vom Statistischen Amt Griechenland gegenüber der KOM korrigiert wurden. Letztendlich entschied der Rat, dass das griechische Defizit glaubwürdig und nachhaltig zurückgeführt wurde, so dass das Verfahren eingestellt würde.

Zu der gleichen Einschätzung – ohne die statistischen Unsicherheiten – kam der Rat für **Malta**, so dass auch hier das Verfahren eingestellt werden konnte. Dies war umso wichtiger, weil im Anschluss über die Einhaltung der Konvergenzkriterien diskutiert wurde und die Entscheidung anstand, ob die Einführung des Euro im Malta empfohlen werden könnte.

Einführung des Euro

Zur Beurteilung, ob in Zypern und Malta ab 1. Januar 2008 ebenfalls der Euro eingeführt werden könnte und damit die Eurogruppe auf 15 EU-Staaten anwächst, hatten KOM und EZB dem Rat einen positiven Bericht vorgelegt. Zu diesem Bericht waren im Rat keine Kommentare und keine tiefere Diskussion nötig, so dass der ECOFIN dem Europäischen Rat vorschlagen wird, am 21. und 22. Juni das politische Signal für die Aufnahme von Zypern und Malta in die Eurogruppe zu geben. Endgültig beschließt die Aufnahme der ECOFIN auf seiner Sitzung im Juli.

Qualität öffentliche Finanzen

Zum Thema der Qualität der öffentlichen Finanzen gab es im Rat nur eine kürzere Aus-

sprache, da es sich um ein kontinuierliches Thema handelt. Entsprechend hat Portugal zugesagt, das Thema während ihrer kommenden Präsidentschaft auf der Agenda zu halten.

Steuern

Das schwierigste Feld des ECOFIN-Rates waren die verschiedenen Fragen im Bereich Steuern. Im Bereich der **Betrugsbekämpfung** gab es eine zur Umkehrung der Steuerschuldnerschaft („Reverse-Charge-System“) bei der Mehrwertsteuer, die auch in Deutschland stark im Interesse und Fokus steht. Es gab Bestrebungen, das Reverse-Charge-System EU-weit lediglich optional einzuführen. Insgesamt handelt es sich um eine recht komplizierte politische Debatte, die von begründeten und unbegründeten Ängsten in den Mitgliedstaaten geführt wird. Einige Staaten haben Reverse-Charge-Systeme bereits in abgegrenzten Sektoren installiert (ca. 7 bis 11 Länder), aber ebenso viele lehnen es ab. Somit bleibt das Thema politisch schwierig, da es einstimmig zu beschließen ist.

Mehrwertsteuersystem

Hier ging es um ein Paket mit drei Elementen, bei denen es gegenüber dem ECOFIN im Juni 2006 einige Fortschritte erzielt wurden. Ein Kernproblem bleibt die Umkehrung bei der Erhebung der Mehrwertsteuer bei Dienstleistungen – weg vom Herkunftsland hin zum Bestimmungsland. Insbesondere im Bereich Telekommunikation und TV würde Luxemburg nach eigenen Angaben ein Verlust von 1 % des GDP drohen. Bis Jahresende soll eine Richtlinie verabschiedet werden, die 2010 in Kraft treten könnte.

Unternehmenssteuer

In Bereich der Unternehmenssteuerfragen gab es keine umfangreiche inhaltliche Diskussion im Rat. Zu Fragen über eine gemeinsame konsolidierte **Körperschaftssteuer Bemessungsgrundlage** will die KOM bis 2008 eine Richtlinie vorlegen.

Verhaltenskodex: Ausführlichere Diskussionen gab es zum Bericht einer Ratsarbeitsgruppe, die zweimal pro Präsidentschaft tagt. In ihren Berichten werden u.a. unfaire Steuerpraktiken identifiziert und diskutiert. Experten der Bundesregierung sehen ihrerseits allein bei rund 100 Maßnahmen Handlungsbedarf. Strittig war im Rat die Frage der Arbeitsweise der Arbeitsgruppe. Daher wurde lediglich der Bericht verabschiedet, aber kei-

ne Schlussfolgerungen zum Arbeitsprogramm formuliert. Dennoch solle die Ratsgruppe weiter arbeiten und einen Vorschlag für das weitere Prozedere und Aufgabengebiete vorlegen.

Transferpreise

Zum Schluss wurde kurz auf die Tätigkeit des Gemeinsamen EU-Verrechnungspreisforums eingegangen. Hier gab es keine Kontroversen, so dass der ECOFIN Rat erfolgreich beendet werden konnte.

Kommentierung KOM

Die Kommission erklärte große Erleichterung über die Beendigung der Defizitverfahren gegen Griechenland, Malta und insbesondere Deutschland. Gegenüber anders lautenden Schätzungen geht die KOM sogar von einem noch stärkeren Rückgang des Defizits in Deutschland auf rund 0,6 Prozent im Jahr 2007 aus. Die KOM betont aber auch, dass die Bemühungen nicht enden dürfen. Deutschland müsse den günstigen Zeitpunkt nutzen, um unerwartete Einnahmen zum weiteren Abbau des Defizits – bis hin zu einem ausgeglichenen Haushalts zu nutzen.

Für den Bereich Steuern kann festgehalten werden, dass es deutliche Fortschritte gegenüber früheren ECOFIN-Räten gegeben hat. Die KOM hat nun eine Reihe von Aufgaben vor sich, insbesondere im Bereich Mehrwertsteuerbetrug, und bei der Frage der Umkehrung der Steuerschuldnerschaft („Reverse-Charge-System“) wird sie bis Ende 2007 Vorschläge vorlegen. Im Bereich der Harmonisierung der Steuerbemessungsgrundlage ist die KOM vom Rat einladen, einen Fortschrittsbericht im Jahr 2008 vorzulegen.

Diskussion – Fragen und Antworten

Von Vertretern der Interessengruppen gab es im Anschluss an das EU-De-Briefing durch die Bundesregierung und die Kommentierung durch die KOM eine Reihe von Fragen.

Eine richtete sich auf eine Bilanz der deutschen Ratspräsidentschaft. Insgesamt konnte die Bundesregierung – im Bereich Finanzen – auf eine erfolgreiche EU-Präsidentschaft schauen, in der es weit mehr Gestaltungsspielräume gäbe, als im Rahmen der G 8.

Eine weitere Erfahrung sei, dass die meisten Blockaden im politischen Zusammenleben in der Europäischen Union auf Kommunikationsproblemen beruhen – nicht auf inhaltli-

chen Fragen. Es gäbe noch einiges zu tun, über und innerhalb der komplexen Themen zu informieren. Sehr positive Erfahrungen habe man mit der so genannten Team-Präsidentschaft gemacht. Die enge Zusammenarbeit mit Portugal und Slowenien habe gezeigt, dass eine Reihe von Dossiers frühzeitig behandelt würden.

se man bei aller Genauigkeit der statistischen Erhebungen mit Unsicherheitsmargen rechnen – das gelte nicht nur für Griechenland. Die KOM unterstreicht abschließend, dass die Datenerhebung und Methodologie im Vertrag festgelegt und definiert sei. Eurostat wiederum sage, ob die Grundlagen eingehalten würden.

Eine weitere Frage betraf die genannten Probleme der Statistischen Daten: Hier müs-

Den Autor dieses Artikels erreichen Sie per E-Mail:

Christoph Linden (christoph.linden@europaeische-bewegung.de)

Zitierhinweise: Bisher wurden keine verbindlichen Regeln zur Zitierweise digitaler Publikationen geschaffen. Daher bitten wir, folgende Angaben zu übernehmen, wenn Sie einen unserer Texte zitieren möchten: Autoren des Textes, Titel des Textes, Internetadresse wie angeben. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Impressum

EU-in-BRIEF Pläne – Positionen – Prognosen ist ein kostenloses Informationsangebot im PDF-Format des **Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland**.

© **Europäische Bewegung Deutschland e.V.**

Sophienstr. 28/29
D-10178 Berlin

Telefon: +49 30 3036201-10
Fax: +49 30 3036201-19

netzwerk@europaeische-bewegung.de

Herausgeber: Bernd Hüttemann (V.i.S.d.P.)

Mehr Wissen!

Auf der Website des Netzwerks EBD erfahren Sie alles Wesentliche über unsere Organisation und erhalten kostenfrei eine Vielzahl von Informationen über Europa: www.europaeische-bewegung.de

Das Netzwerk EBD ist institutioneller Partner des Auswärtigen Amtes